

Die Verhandlungen über die Reichsrats- einberufung.

Wien, 1. Juni.

In parlamentarischen Kreisen wird der Termin für die Einberufung des Reichsrates eifrig erörtert. Man spricht bereits davon, daß für den 18. d. eine Obmännerkonferenz in Aussicht genommen sei, in der über die Möglichkeit einer Tagung des Parlamentes gesprochen werden soll. Präsident Dr. Groß erklärte jedoch, daß in dieser Hinsicht noch keine Verfügungen getroffen worden seien. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, daß der Reichsrat im letzten Drittel des Monats Juni einberufen werden dürfte.

Die Verhandlungen mit den Polen, die zur Erzielung einer Mehrheit für die Staatsnotwendigkeiten erforderlich sind, werden in den nächsten Tagen vom Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler aufgenommen werden. Ueber die Stimmung der Polen wird mitgeteilt, daß sie, jedenfalls schon um einen Exleg-Zustand oder ein Paragraph 14-Regime zu vermeiden, dazu beitragen werden, die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses sicherzustellen, selbst dann, wenn die Berliner Reise des Ministers des Aeußern Grafen Burian über ihre Forderungen, die mit der auswärtigen Politik zusammenhängen, noch keine Klarheit bringen sollte. Mit den Polen verhandeln auch die deutschen Parteien, um ein engeres Verhältnis zwischen diesen beiden Gruppen herzustellen. Auch diese Verhandlungen werden im Laufe der nächsten Woche fortgesetzt werden.

Ebenso sind Bestrebungen im Zuge, eine Aussprache zwischen den Polen und den Ukrainern herbeizuführen, weil man hofft, daß dadurch die Ukrainer in der Mehrheitsgruppe verbleiben, auch wenn eventuell den Polen Zugeständnisse gemacht werden. Die bisherigen Versuche, die nach beiden Richtungen gemacht wurden, berechtigen zur Ansicht, daß die weiteren Verhandlungen zu dem Ergebnis führen werden, daß eine Sommeression zunächst zur Erledigung des Budgetprovisoriums und vielleicht auch der Steuern möglich sein werde.

Ein Schreiben des Czechischen Verbandes an Dr. Groß wegen der Reichsratsinberufung.

Die Vizepräsidenten des Czechischen Verbandes, die Abgeordneten Klojác und Habermann, haben an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Groß folgendes Schreiben gerichtet:

Da sich Merkmale häufen, welche auf eine Rückkehr des absolutistischen Regimes deuten lassen, wodurch die bürgerlichen und politischen Rechte unterbunden und die ganze Bevölkerung ohne Unterschied der Nationalität leiden würde, erscheint die unverzügliche Einberufung des Parlamentes, des einzigen, die politischen und bürgerlichen Rechte aller Völker überwachenden Organs, als höchst notwendig. Der Vorstand des Czechischen Verbandes, welcher einen streng parlamentarischen und verfassungsmäßigen Standpunkt einnimmt, erlaubt sich, Eure Exzellenz als zurzeit am meisten berufenen Repräsentanten des Parlamentes höflichst aufzufordern, unverzüglich alle Schritte zur neuerlichen Einberufung des Parlamentes und zur Wiederaufnahme seiner normalen Tätigkeit unternehmen zu wollen, was um so notwendiger ist, als die sozialen, wirtschaftlichen und Approvisionierungsbedürfnisse immer kritischer werden und nach Mitarbeit aller politischen und wirtschaftlichen Faktoren in imperativer Weise rufen, damit die schwer leidenden Völker eine Erleichterung erfahren. Die Einberufung der Vorsitzenden aller Klubs würde die Aktion Eurer Exzellenz sehr unterstützen.